

# Die politische Meinung

Monatsschrift zu Fragen der Zeit

Bei ihrem Essener Parteitag muss die CDU zurückfinden zur politischen Arbeit, wenn die rot-grüne Regierung nicht bis zur Bundestagswahl 2002 freie Fahrt haben soll. Erste Voraussetzung dafür ist, dass die Union wieder selbst Tempo und Richtung der Debatte bestimmt und nicht von der Mitglieder-zur-Medienpartei wird. Dies wäre nämlich ein Rückfall in die Honoratiorenpartei, die Helmut Kohl, Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler in den siebziger Jahren überwunden haben. Damals hatte die CDU ihre Mitgliederzahl in kurzer Zeit mehr als verdreifacht und so die Dominanz von Parteihonoratioren in der Exklusivität kleiner Entscheidungszirkel gebrochen. Jetzt darf sie sich nicht von der Dominanz neuer Honoratioren auf Fernsehschirmen und Titelseiten den Kurs vorschreiben lassen.

Zweitens lässt sich der Skandal um die Parteifinanzen der CDU nur durch differenzierte Betrachtung seriös bewältigen. Dazu gehört die Kritik an denen, die sich wie Helmut Kohl falsch verhalten und denen, die wie Manfred Kanther Recht gebrochen haben. Dabei hat jeder politisch und rechtlich für den Schaden geradezustehen, den er auch selbst verursacht hat. Alles in einen Topf zu rühren, schadet der lückenlosen Aufklärung.

Es gilt zugleich der Legendenbildung entgegenzutreten, die CDU sei eine Partei ohne innerparteiliche Debatte gewesen. Manche kaschieren mit diesem Bild ihren eigenen vorauseilenden Gehorsam, andere haben sich die Mühe der Teilnahme an der Parteiarbeit gar nicht gemacht. Auch wer die Finanzaffäre missbraucht, um alte Rechnungen zu begleichen, schadet der Glaubwürdigkeit der CDU. Die Ära Kohl ist mit der Bundestagswahl 1998 durch den Wähler beendet worden. Es war eine gute Ära für Deutschland und die CDU, die jetzt nicht umgedeutet werden muss. Drittens – und vor allem – muss sich die CDU bewusst bleiben, dass sie nicht nur von rot-grünen

Fehlern leben kann. Schröder kam 1998 auch mit seiner Kontinuitätssuggestion „Wir werden nicht alles anders machen, aber vieles besser“ zum Sieg. Das vermeintliche Ende der Regierungszeit Schröder wird 2002 nicht nach Kontinuität verlangen, sondern nach Alternative. Deshalb muss das CDU-Motto lauten: „Wir werden es besser machen, weil wir es anders machen.“

Die Alternative sollte auf der Leitidee der Subsidiarität gründen: Der Staat übernimmt nur, was

Privatinitiative nicht leisten kann. Im Staat erfüllt die jeweils größere Einheit nur diejenigen Aufgaben, die die kleinere nicht erledigen kann.

Zum einen muss dem Bürger das an Freiheiten zurückgegeben werden, was der Staat sich an Zuständigkeit erschlichen hat. Stark ist nicht, wer alles an sich reißt, sondern wer effizient erledigt, was wichtig ist. Dies begründet eine radikale Steuersen-

kung und -vereinfachung ebenso wie die Stärkung der Familie als wichtigster nichtstaatlicher Säule. Zum anderen ist innerstaatlich eine Reform der Kompetenzzuordnung erforderlich. Es geht um die Frage, welche staatliche Ebene welche Probleme am effektivsten lösen kann. Die Sicherheit bei Kernkraftwerken bedarf eben einer anderen Entscheidungsebene als der Standard beim Kindergartenbau. Das ist der Kern der überfälligen europäischen Verfassungskonzeption. Ziel der europäischen Integration ist weder der zentralisierte europäische Superstaat noch der unverbindliche Staatenverbund, sondern der die Macht dezentralisierende europäische Bundesstaat. Das Thema Europa verdeutlicht beispielhaft: Eigenes Profil wird nur durch Klarheit glaubwürdig. Angela Merkel und Friedrich Merz haben die Chance und den Auftrag, auf diesem Weg voranzugehen.



Stephan Tiesel